



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH UND SPANISCH.

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 9
10. Jahrgang

4. Mai 1942

Die Arbeitssklaverei im Nazi-Kolonialland

(ITF) An der Ostgrenze Deutschlands beginnt das Gebiet, das die Nazis, die deutschen Industriellen und Bankiers mit frühkapitalistischen Methoden rücksichtslos als Kolonialland aussaugen: "Generalgouvernement" Polen, "Reichskommissariat Ostland" und das übrige besetzte Gebiet Russlands. Detaillierte Richtlinien hat Hitlers Arbeitsministerium für die Behandlung der Arbeiter dieser Länder ausgearbeitet und (am 27.II.) an alle Behörden verschickt. Die Arbeiter dieser 3 Gebiete sollen nach verschiedenen Gesichtspunkten behandelt werden.

Eine kurze Zeit hatten manche Litauer, Letten, Esten und Ukrainer davon geträumt, dass sie von den deutschen Eroberern wesentlich besser behandelt werden würden als die Polen. Der Traum ist aus. A l l e nach Deutschland transportierten, aus dem "Reichskommissariat Ostland" (ohne Weissrussland) stammenden Arbeiter, wird jetzt, wie den Polen, 15% des über 9 Mark hinausgehenden Teils ihres Wochenlohnes als Sondersteuer ("Lohnausgleichsabgabe") abgezogen. Diese Anordnungen treffen "im wesentlichen Litauer, Letten, Esten", bemerkt Hitlers Arbeitsminister in seinem Zirkular. Aber diese Arbeitergruppen erhalten, wie die deutschen Arbeiter, Zuschläge für Ueberstunden, für Sonntags- und Nachtarbeit und Familienzuschläge und dürfen 1 - 2 Mal im Jahr in ihre Heimat fahren.

Alle Arbeiter aber, die aus dem polnischen "Generalgouvernement", dem Distrikt Bialystok und Galizien stammen, gelten (ab 1. Februar) arbeitsrechtlich als Polen, "gleichgültig ob sie der Volkszugehörigkeit nach Polen, Ukrainer, Goralen, Slonsaken sind". Sie alle haben (d. 1940 eingeführte) 15%ige "Polensteuer", die "Sozialausgleichsabgabe", zu zahlen und sie werden stets in die niedrigste Lohnklasse ihrer Alters- und Tätigkeitsgruppe eingestuft. Sie erhalten in Industrie- und Transportbetrieben keine Vergütung für Arbeitsausfall und bei Erkrankungen darf ihnen der Lohn nicht einen Tag weitergezahlt werden. Ihnen werden weder die tariflichen Frauen- noch ^{Sie} Kinderzulagen gezahlt. - Die Nazis pfeifen auf alle ihre Rassenprinzipien, wenn es um Lohndruck geht!

Nur in einem stehen diese Arbeitergruppen noch etwas günstiger als Polen. Die Steuer wird ihnen nach dem Familienstand berechnet, während Polen bei der Steuer keine Kinderermässigungen erhalten. "Auf diese Weise wird der Pole gegenüber den übrigen Volksgruppen des Generalgouvernements einschliesslich des Distrikts Galizien schlechter gestellt" erklärt Hitlers Arbeitsminister.

Nicht-Polen aus dem "Generalgouvernement", die schon vor dem 1.XII.41 in Deutschland arbeiteten, haben die Sozialausgleichsabgabe erst ab 1.I.43 zu zahlen.

Die dritte und bald wohl die grösste Gruppe dieser Arbeitssklaven sind die "Ostarbeiter", durchweg Russen und Ukrainer. "Auf die sonstigen aus den neu besetzten Ostgebieten stammenden Arbeitskräfte finden alle deutschen arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften keine Anwendung". Die "Ostarbeiter" müssen auf ihrer Kleidung ein "O" tragen, so wie die polnischen Zwangsarbeiter ein "P" und die jüdischen den Davidstern. "Der Lohn wird Ostarbeitern so rigoros gekürzt⁺⁾ dass es sich bald herausstellte, dass sie, nach Abzug der hohen Steuer, die Sozialversicherungsbeiträge, ja oft nicht einmal das Entgelt für Unterkunft und Verpflegung im Arbeitslager aufbringen können. Hitlers Arbeitsminister musste daher, um den Steuerbehörden unnötige Arbeit zu ersparen, anordnen, dass von diesen Ostarbeitern nicht noch neben der

Ueber das Sonderarbeitsrecht für Polen und Juden berichteten wir am 23. II.42.

+) Russensteuer: "Faschismus", 23.III.42.

Sondersteuer Sozialversicherungsbeiträge und andere deutsche Steuern gefordert werden und er musste erklären: "ein Abzug für Unterkunft und Verpflegung tritt nur insoweit ein, als der den Arbeitskräften verbleibende Lohn dafür ausreichend ist" (Anordnung vom 9.II.). Diese Abzüge sollen so berechnet werden, dass den Arbeitern möglichst (!) ein Taschengeld von 20 Pfg. pro Arbeitstag bleibt.

Die nach Deutschland verschleppten Ostarbeiter wissen nie, ob ihnen nicht zu viel vom Lohn abgezogen oder ob ihnen zu wenig Lohn gezahlt wird, ob sie nicht vielleicht ein Recht auf 30 Pfg. hätten. "Lohnabrechnungen sind den Arbeitskräften aus den neu besetzten Ostgebieten nicht zu erteilen", befiehlt Hitlers Arbeitsminister.

Für die Dauer des Krieges sehen die Ostarbeiter ihre Heimat nicht wieder; sie sind zwar offiziell Zivilarbeiter, aber sie erhalten weder Urlaub noch Familienheimfahrten. Und wehe dem Bauern oder Unternehmer, der die Ostarbeiter nicht nach den unmenschlichen Vorschriften Berlins behandeln will. Das Arbeitsministerium hat seine Bezirksbeamten zu scharfem Durchgreifen aufgefordert: "Den Reichstrehändern der Arbeit obliegt es, darüber zu wachen, dass weder mittelbar noch unmittelbar jenen Arbeitskräften bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb geboten werden als sich nach den geltenden Vorschriften ergeben".

(Für die Red.: Runderlass C III b 3972/42 vom 27.II.42.)

Internationale Zusammenarbeit

(ITF) Ein französischer Arbeiter berichtet nach seiner Rückkehr aus Deutschland: In der deutschen Grosstadt, in der er gearbeitet hatte, arbeiten in einigen Betrieben illegale Dreier- und Fünfergruppen, die mit entsprechenden Gruppen in andern Betrieben in Kontakt stehen. In diesen Gruppen arbeiten deutsche Arbeiter und ausländische Arbeiter verschiedener Nationalität zusammen. - (Für die Red.: März 1942.)

Die Arbeitsbedingungen in deutschen Flugzeugfabriken

(ITF) Eine überraschend offene Schilderung der Verhältnisse in deutschen Flugzeugwerken veröffentlicht die vom Berliner Arbeitsministerium für einen kleinen Kreis von Fachleuten herausgegebene Zeitschrift "Arbeitsschutz" (am 1.III.). In letzterer Zeit häuften sich Berichte aus den Flugzeugwerken über die gesundheitsschädlichen Wirkungen des Aluminiumstaubes. Aerzte sprachen in ihren Berichten von der "Aluminiumlunge", die für die Arbeiter ähnlich gefährlich sei, wie die "Staublunge" der Bergarbeiter oder der durch Thomaschlackenstaub gefährdeten Hafendarbeiter. Das Berliner Arbeitsministerium hat im Winter durch einen hervorragenden Gewerbehygieniker die Berichte überprüfen lassen. Der Berichtersteller sieht als wesentliche Ursachen der Anfälligkeit der Arbeiter: die Ueberfüllung der Werkshallen, in denen zu viele Stampfmaschinen auf knappem Raum stehen, "schlechte Entlüftungsanlage der älteren Betriebe, verlängerte Arbeitszeit, Einstellung jüngerer ungeübter Hilfskräfte und wenig arbeitsfreudiger (!) Kriegsverpflichteter". Die Verdunkelung erhöhte die Gefahren. "Schlechte Heizmöglichkeit in der Winterzeit., schlechte Ernährung und unzureichende Bekleidung" komme hinzu.

So sah es im 3. Kriegswinter nach dem Zeugnis des Berliner Arbeitsministeriums in deutschen Kriegsbetrieben aus.

Ersatzleder ist gefährlich

(ITF) Deutsche Gewerbeinspektoren berichten, in der Fräserei einer Schuhfabrik, die Ersatzstoffe verarbeitet, kam es zu schweren Explosionen. Die "Chemisch-Technische Reichsanstalt" stellte fest, dass der bei der Verarbeitung von Ersatzleder entstehende Staub leicht brennbar und "zünd- und explosionsfähig" ist.

(Für die Red.: "Arbeitsschutz", Berlin, 15.II.42.)

Ausländische Arbeiter in Deutschland betteln um Brot

(ITF) Das "Hamburger Fremdenblatt" berichtet erneut, dass ausländische Arbeiter in Deutschland um Brot betteln. Diesmal handelt sich um kroatische Arbeiter und die Zeitung meldet, dass eine gutmütige Verkäuferin, die einem hungrigen kroatischen Arbeiter Gebäck ohne Marken abgab, mit 2 Monaten Gefängnis bestraft wurde.

Derartige Berichte sind den Nazi-Zensoren peinlich, denn sie zeigen, wie schlecht ausländische Arbeiter in Deutschland gepflegt werden. Es müssen sehr viele Deutsche in diesem Falle Menschlichkeit vor Nazi-Verordnungen stellen, wenn derartige Berichte immer wieder zur Abschreckung veröffentlicht werden.

(Für die Red.: "Hamburger Fremdenblatt", 2.IV.42.- Vgl. "Faschismus" vom 6.IV.42.)

Ersehnte Bomben

(ITF) Ein französischer Gewerkschafter berichtet über Gespräche mit französischen Arbeitern unmittelbar nach dem Bombardieren der Pariser Renault-Werke: Fast alle sagten, dass das Bombardieren der für Hitler arbeitenden Werke unvermeidlich gewesen sei. Viele freuten sich über die Zerstörung der Werke. "Endlich haben die Engländer etwas getan." Einige verwiesen darauf, dass im Verhältnis zum angerichteten Sachschaden wenig Tote zu beklagen sind. Ein Mitglied der "Legion der Frontkämpfer" Pétains schloss ein halbstündiges Gespräch mit der Bemerkung: "Wir (Franzosen) hatten uns verpflichtet, das Schlachtschiff 'Dunkerque' im Hafen von Oran zu lassen". Das Versprechen wurde nicht gehalten. "Jetzt haben die Engländer eine Antwort gegeben. Das musste kommen".

Die Arbeiter kritisieren die verlogene Propaganda Vichys scharf.

Vichy versuchte nach dem Bombardieren Renaults eine antienglische Hetzkampagne. Nicht nur bei den Arbeitern verpuffte diese Propaganda. Am 7. und 8. März fanden offizielle Trauerfeiern für die von Bomben Getöteten statt. In vielen Orten wurden diese Veranstaltungen so boykottiert, dass Präfekten in Rundschreiben die Bürgermeister aufforderten, die Namen der Beamten und der Geistlichen, die nicht zur amtlichen Trauerfeier erschienen zu melden.

Für jeden Ermordeten springen 10 Kämpfer ein!"

(ITF) Ein in Norwegen stationierter deutscher Offizier berichtet über ein Gespräch mit einem Mitglied eines deutschen Kriegsgerichtshofs unmittelbar nach Verkündung eines neuen Todesurteils für einen norwegischen Freiheitskämpfer. Der Richter klagte: "Was sollen wir bloss mit solchen Menschen machen. Nichts hilft bei ihnen. Für jeden, den wir erschiessen, kommen zehn neue".

Ein Geheimprozess in Berlin

führte zur Verurteilung von 11 Pfarrern der protestantischen Bekenntniskirche. Sie hatten verbotene theologische Seminare abgehalten. - (ITF)

Illegale Flugblätter

(ITF) Aus Norddeutschland wird uns berichtet, dass weit stärker als bisher illegale Flugblätter und vor allem Kettenbriefe zirkulieren. - Unter den deutschen Soldaten in Norwegen wurden kürzlich in relativ hoher Auflage Flugblätter verbreitet, die mit "Spartakus-Bund" unterzeichnet waren. Die Flugblätter erklärten, ein deutscher Sieg sei ausgeschlossen, Aufgabe der deutschen Soldaten sei, jede Möglichkeit zur Sabotage zu benutzen.

Sklavenjagd in ganz Europa

(ITF) Dr. Timm, ein hoher Beamter des Berliner Arbeitsministeriums, untersucht in einer Broschüre über den "Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland", in welchen Ländern Europas weitere Arbeitskräfte für Deutschlands Kriegsmaschine zusammengetrieben werden können. Im tschechischen "Protektorat" sei, dank deutscher Kriegsaufträge, die Zahl der Beschäftigten von 1,70 Mio (im März 1939) auf 2,07 Mio (im Juli 1941) gestiegen. Trotzdem hätten bis zum Herbst 1941 insgesamt 185.000 Arbeitskräfte für das Reich angeworben werden können; am 25. September 1941 arbeiteten nur noch 140.000 Protektoratsangehörige in Deutschland, 45.000 Tschechen waren nicht in Deutschland geblieben.

Viel mehr Arbeiter könnten im "Protektorat" kaum angeworben werden, denn auch dort herrsche Arbeitermangel. In der tschechischen Metallindustrie seien (im September 1941) bereits 34,5% aller Beschäftigten Frauen. Der Arbeitermangel sei schon so stark, dass viele Tschechen für Arbeitsplätze in Protektoratsbetrieben dienstverpflichtet werden. Die 19 Protektorats-Arbeitsämter berichteten über eine "steigende Zahl der Dienstverpflichteten für den heimischen Arbeitseinsatz."

Der SS-Oberführer Bertsch kündigte in seiner Eigenschaft als Wirtschafts- und Arbeitsminister in Prag jetzt "eine nochmalige Durchkämmung der Betriebe an, die zur Aufgabe hat, Kräfte sowohl für die kriegswichtige Fertigung im Protektorat wie im Reich zur Verfügung zu haben". Die Auskämmung ist in vollem Gange ("Frankfurter Zeitung", 11. III. 42.).

In den 4 alten Distrikten des polnischen "Generalgouvernement" rekrutieren 20 Arbeitsämter und 36 Nebenstellen Arbeiter für Deutschland. Ein Arbeitsamt erfasst meist 2 - 3 Kreishauptmannschaften. Im neuangegliederten Distrikt Lemberg sei das Arbeitsamtsnetz im Aufbau. 1940 hatten Arbeitsamtsbeamte die Dörfer mit Autos nach Arbeitern abgesucht. Jetzt sei zur Erleichterung der Arbeiterrekrutierung in den Dörfern eine Kartei aller kleinbäuerlichen Betriebe (bis 20 ha) angelegt worden. Bis zum Frühjahr 1941 seien aus dem Generalgouvernement 450.000 Arbeiter ins Reich gesandt worden. Als dann im Generalgouvernement Strassenbauten - zur Vorbereitung des Angriffs

auf Russland! - nötig wurden, sei der Arbeitermangel so gross geworden, dass aus den Westprovinzen Arbeiter ins östliche Generalgouvernement gebracht werden mussten. Anfang April 1942 meldete der Pressedienst des Generalgouvernements, dass insgesamt 655.000 Polen ins Reich transportiert worden seien. Aus dem als Warthegau dem Deutschen Reich einverleibten westpolnischen Provinzen wurden bis zum Januar 1942 260.000 Polen nach Deutschland deportiert (wurde auf der "Arbeitstagung über Ostfragen" des Arbeitsministeriums mitgeteilt).

In Italien rekrutiert eine "Arbeitseinsatzstelle des Reichsarbeitsministeriums" in Rom, mit besonderen Sammelstellen in Mailand, Como, Verona und Treviso. In der italienischen Metallindustrie arbeiteten im Sommer 1941 990.000 Arbeiter, davon ein Viertel Frauen. "Bis September 1941 wurden aus den Betrieben etwa 40.000 Metallarbeiter (Deutschland) zur Verfügung gestellt! - Im Winter 1941/42 wurden durch Verlängerung der Arbeitszeit weitere Zehntausende Metallarbeiter für Deportation nach Deutschland freigemacht.

Es ist nicht uninteressant, dass in dieser halbamtlichen Borschüre Italien unmittelbar nach dem eingegliederten Protektorat und dem Generalgouvernement und vor der im Schutzverhältnis stehenden Slowakei behandelt wird.

In der Slowakei rekrutiert die "Arbeitseinsatzdienststelle" des Arbeitsministeriums jährlich 55-60.000 Arbeiter, davon 70% Landarbeiter, die im Winter heimkehren. Nach der slowakischen Mobilisierung (im Juni 1941) gefährdete Arbeitermangel die Ernte, "sodass zur Sicherung der Ernte die Anwerbung von Arbeitern für das Deutsche Reich vorübergehend eingestellt werden musste".

Aus Serbien seien zwischen 1. Juli und 1. September 1941 22.219 Arbeiter nach Deutschland transportiert worden.

"Der Anwerbung niederländischer Arbeitskräfte stellt sich die Mentalität der Bevölkerung entgegen", bedauert Herr Timm. Daher konnten bis zum Mai 1941 nur 107.393 Arbeiter nach Deutschland gesandt werden, u.a. 5892 Arbeiter für die Reichsbahn. Holländische Seeleute seien deutschen Reedern überwiesen worden. Eine Rekrutierung von insgesamt 250-260.000 holländischen Arbeitern hielt Herr Timm für möglich. - 180.000 holländische Arbeiter waren bis Ende 1941 nach Deutschland verpflichtet worden.

Inzwischen sind die Rohstoffvorräte der holländischen Industrie erschöpft, jetzt glaubt man in Deutschland, bis zu 280-300.000 Holländer nach Deutschland bringen zu können. "Die Lage unseres Volkes macht es unmöglich, dass man sich (einer zugewiesenen Arbeit) entzieht, gleichgültig, ob es sich um Arbeit in Holland oder im Ausland handelt", erklärte (am 9.IV.) ein Vertreter der holländischen Arbeitsvermittlung in Rundfunkrede zur neuen Zwangsregistrierungs-Verordnung.

In Belgien sei die Rekrutierung von Zwangsarbeitern zunächst schwierig gewesen, schreibt Herr Timm. Fast das ganze belgische Arbeitsamtspersonal sei geflüchtet. "Die Verwaltungsunterlagen und Karteien sollten auf Anweisung des Generaldirektors des Landesarbeitsamts vernichtet werden, wurden aber zum Teil auf Abfallhaufen und Düngerstätten aufgefunden und einer Wiederverwendung zugeführt". Spezialbewerber suchten Metallarbeiter, Eisenbahner und Chemiarbeiter zu rekrutieren.

Bis zum 2. August 1941 seien 193.427 Arbeiter angeworben worden. "Mehr als die gleiche Zahl wurde deutschen Dienststellen und Firmen im besetzten Gebiet selbst zugewiesen". - Da nach Berliner Angaben im September 1941 nur 120.000 Belgier in Deutschland arbeiteten, sind mindestens 70.000 Belgier nicht in Deutschland geblieben. Timm erwähnt, wie das ausgeplünderte Belgien die nach Deutschland geschickten Arbeiter mitversorgen muss. Alle 2 Monate kann jedem Arbeiter ein 10 kg-Paket mit Wäsche, Kleidungsstücken und Nahrungsmitteln nach Deutschland gesandt werden. "Dadurch wird die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme im Reich erhöht.; die Arbeitskräfte werden bei der Anwerbung auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich in der Heimat mit Arbeitskleidung und Schuhwerk auszustatten".

Arbeitslose seien in Belgien kaum aufzutreiben. Weitere Werbung sei wohl nur unter Beschäftigten möglich. - Massnahmen zur Vorbereitung dieser "Werbung" wurden getroffen.

In Frankreich geschieht die Anwerbung durch Behörden des Militärbefehlhabers, der in Paris "Auffanglager" für Angeworbene einrichtete. Aber "so weit ihn (den französischen Arbeiter) nicht äusserste Not dazu zwingt, zieht er es vor, sich weiter durchzuhungern, statt nach Deutschland zu gehen", schreibt Herr Timm.

Aus Norwegen wurden bis zum August 1941 etwa 1200 Arbeiter nach Deutschland gesandt, Die meisten werden nach Ablauf ihres 6-monatskontraktes in die Heimat zurückgehen, bedauerte das Arbeitsministerium.

"Spanien wird dafür sorgen, dass die nach Deutschland vermittelten Arbeitskräfte, abgesehen von den landwirtschaftlichen Wanderarbeitern, mindestens 2 Jahre in Deutschland bleiben". Die Anwerbung wird gemeinsam von Beamten des Arbeitsministeriums und Sekretären der Deutschen Arbeitsfront vorgenom-

men. Kleidung und Arbeitsschuhe müssen aus Spanien mitgebracht werden. "Eine spanische Delegation in Deutschland wird in Zusammenarbeit mit den zuständigen deutschen Stellen darüber wachen, dass die spanischen Arbeiter ihre Verpflichtungen erfüllen"!

Am 25. September 1941 arbeiteten nach Berliner Angaben 2,1 Mio Ausländer in Deutschland, am 21. April, vor der Rückkehr der im Winter in ihre Heimat zurückgekehrten Landarbeiter, bereits 2,5 Mio.

Briefkontrolle (ITF) In Deutschland tätige Arbeiter aus dem unbesetzten Frankreich müssen Briefe in die Heimat offen bei der Betriebsleitung abgeben, die so nach Herzenslust schnüffeln kann. Der Betrieb sendet die Briefe zur Vereinfachung der Zensur in Sammelumschlägen an ein Postamt in Frankfurt a/M. Die Angehörigen müssen ihre Antwort über die "Verbindungsstelle Frankreich der deutschen Wirtschaft" in Lyon senden.

Enttäuschte Ukrainer (ITF) Landarmen Bauern in den Provinzen, die seit 1920 zu Polen gehörten, hatten die Sowjets 1939 Land zugewiesen. Sie forderten kaum Steuern und nur einen kleinen Teil der Ernte. Die deutschen Besatzungsbehörden verboten sofort den Bauern freien Verkauf, erhöhten die abzuliefernden Kontingente und requirierten Getreide und Vieh. Bei den schwierigen Transportverhältnissen ist Schleichhandel kaum möglich. Ein Teil der ukrainischen Jugend wurde nach Deutschland transportiert. - In den Dörfern wuchs die Erregung über diese Massnahmen. Die Besatzungsbehörden verhafteten viele ukrainische Führer. Und unter dem Druck des Dorfes distanzieren sich viele ukrainische Intellektuelle von den Deutschen.

(Für die Red.: Dieser Bericht über die Entwicklung der Stimmung der Ukrainer zu Jahresbeginn erklärt teilweise die arbeitsrechtlichen Massnahmen, über die wir am Beginn dieser Ausgabe berichten. Die Ukrainer konnten nicht gewonnen werden, daher werden sie arbeitsrechtlich zu Polen degradiert.)

Arbeiter in Deutschland hinter Stacheldraht (ITF) Ein Mitarbeiter der "Frankfurter Zeitung" besuchte ein "Durchgangslager russischer Arbeiter", die in der Ukraine angeworben werden. Die Anwerbung dieser Arbeiter sei nicht schwer gewesen, da Bewerbung um eine Lebensmittelkarte als Anmeldung beim Arbeitsamt galt. Der Beobachter fand die Arbeiter hinter einem hohen "Stacheldrahtzaun" unter Aufsicht von Dolmetschern. Der Dolmetscher sei "sczusagen ihr Unteroffizier". Als Zeichen seiner Autorität trägt er "einen offenbar original russischen Kantschu in der Hand, eine Art östlichen Gummiknüttels.. Diese Ostarbeiter dürfen nur in geschlossenen Gruppen von wenigstens 20 Mann zur Arbeit eingesetzt werden", denn unter ihnen kann stets ein Bolschewist sein, "der sich zu Sabotageakten in Deutschland berufen fühlt".

Nazi-Filme pflegen russische Kriegsgefangene als halb wilde, vertierte Menschen vorzuführen. Der Berichterstatter stellte fest, dass diese Arbeiter "ein sehr viel anderes, besseres Gesicht zeigen als etwa Kriegsgefangene, deren Anblick sich aus zahlreichen Aufnahmen der Propagandakompagnie (der Nazi-Kriegsberichterstatter) eingepägt hat"!

Nur drei ältere Arbeiter waren Analphabeten.

(Für die Red.: "Frankfurter Zeitung", 17.IV.42.)

Eisenbahner unterm Hakenkreuz (ITF) "Es gibt (in von Berlin beherrschten Europa) wohl kein Krankenhaus, in dem kein unfallbeschädigter Eisenbahner liegt", schreibt das "Hamburger Fremdenblatt" (am 18.IV.). "Im Krankenhaus einer kleinen Stadt waren es im verflossenen Winter gleichzeitig vier. Einer von ihnen starb an seinen Verletzungen. Dem zweiten und dritten waren beide Beine abgefahren. Der Vierte war mit weniger schweren Verletzungen unter einer Lokomotive hervorgeholt worden, unter der er stundenlang im tiefen Schnee liegen musste, bis seine Rettung gelang".

"Niederländische Arbeitsfront" (ITF) Hitlers Reichskommissar in Holland hat am 1. Mai eine "Niederländische Arbeitsfront" gegründet, der, wie der Deutschlandsender mitteilte, auch alle in Deutschland arbeitenden Holländer beizutreten haben. Zum Leiter dieser "Arbeitsfront" ernannte Hitlers Kommissar den holländischen Nazi Wouderberg, den Kommissar des gleichgeschalteten freien Gewerkschaftsbundes. Kassierer wurde Rost van Tonningen, der Nazi-Direktor der Niederl. Bank.

Italien heute (ITF) Auf einer Konferenz der Präfekten aller italienischen Provinzen gab Mussolini am 28.IV. eine Uebersicht über die Lage Italiens. Radio Rom berichtet, dass er unter andem feststell-

te, dass die italienischen Lebensmittelrationen, vor allem die Brot ration, "auf das Minimum gesenkt" worden seien. "Korruption und Mangel an Disziplin" seien bedauerliche Störungsfaktoren. Alle Kräfte müssten jetzt angespannt werden, vor allem in der Industrie; deshalb werde, wer der Anweisung des Arbeitsamts nicht gehorche, genau so vor das Kriegsgericht gestellt, wie der, der die militärische Einberufung nicht beachte.

Am 29. und 30. April traf Mussolini Hitler in Salzburg. Am 2. Mai erliess er eine Verordnung zur Verstärkung der Polizei.

Die Gestapo übernimmt die Leitung

(ITF) Im vergangenen Winter sind viele Menschen in Deutschland aus der Betäubung erwacht, in der die Propagandatrommel sie seit 1933 gehalten hatten. Sie begannen, an der Unfehlbarkeit der Nazi-Diktatur zu zweifeln. Soldaten fragten nach dem Sinn des Krieges. "Die Zukunftsfragen des (deutschen) Frontsoldaten verdichteten sich zu einer klaren, trockenen Formulierung: 'Wird sich nach dem Krieg in unserer Wirtschaftsführung viel ändern?'", berichtet das durch seine Spitze gut informierte Wochenblatt der Gestapo. Den Frauen der Nazi-Partei musste plötzlich erneut eindringlich klargemacht werden, dass ausgerechnet Hitler den Krieg nicht wollte ("NS-Frauenwarte"). Es wurde verboten, den Soldaten im Feld zu schreiben, wie es in der Heimat aussieht, auch die Urlauber sollten das nicht erfahren. Lasst die Soldaten nicht wissen, schrieb Goebbels, "dass es manchmal keine Kohlen und manchmal keine Kartoffeln gibt... dass man beim Einkaufen in den Geschäften so oft die stereotype Antwort bekommt, dass es das nicht mehr gibt... Die Heimat... soll in jedem Falle vermeiden, den Soldaten in den kurzen Tagen ihres Aufenthalts von ihren... Sorgen... zu berichten... Das gilt auch für die Briefe, die wir an unsere Soldaten schicken". Die heftige Reaktion führender Nazi-Organen lässt erkennen, wie sehr die Nazi-Diktatur fürchtet, dass diese Unruhe festere Gestalt gewinnt und sich ein politisches Ziel setzt.

Im Winter ist es an der russischen Front zu Gehorsamsverweigerungen gekommen, die unterdrückt wurden. Diese Gehorsamsverweigerungen scheinen ein weit grösseres Ausmass gehabt zu haben, als bisher angenommen wurde; Hitler sah sich (in seiner Rede vom 26. April) zu der Mitteilung veranlasst: "dort wo die Nerven brachen, der Gehorsam versagte oder mangelndes Pflichtbewusstsein bei der Meisterung der Aufgaben in Erscheinung trat, habe ich harte Entscheidungen getroffen und zwar kraft des souveränen Rechtes, das ich glaube, von meinem deutschen Volke hierfür bekommen zu haben". In diesem Zusammenhang lobte Hitler ausdrücklich "meine braven SS-Divisionen und SS-Polizeiverbände".

In dieser Rede hat Hitler den Kriegsmüden nicht mehr, wie so oft, ein nahes Kriegsende versprochen, sondern im Gegenteil die Schlachten des nächsten Winters erwähnt und die Notwendigkeit erhöhter Anspannung der Arbeiter; denn "ein grösseres Heer muss von einer kleiner werdenden Zahl von Rüstungsarbeitern versorgt werden" ("Das Reich"). Um "Front und Heimat, Transportwesen, Verwaltung usw. und Justiz" in der Hand zu behalten, verlangte er Vollmachten. "Ich bitte deshalb den deutschen Reichstag um die ausdrückliche Bestätigung, dass ich das gesetzliche Recht besitze, jeden zur Erfüllung seiner Pflichten anzuhalten, beziehungsweise denjenigen, der seine Pflichten nach meiner (!) gewissenhaften Einsicht nicht erfüllt, entweder zur gemeinen Kassation zu verurteilen oder ihn aus Amt und Stellung zu entfernen". Goering formulierte weniger zurückhaltend, dass Hitler das Recht erhalte, "ohne an bestehende Rechtsvorschriften gebunden zu sein", jeder Tat die "gebührende Sühne" folgen zu lassen. Das bedeutet: während bisher jeder unter Nazi-Herrschaft Lebende wenigstens ungefähr wusste, was strafbar war, wenn ihn auch nichts vor Willkür schützte, so kann jetzt jeder ohne weiteres Taten, die bisher als straffrei galten und für - nach Ansicht der Nazis - ungenügende Pflichterfüllung bestraft werden.

Damit haben SS und ihre Gestapo freie Hand. Am Tage nach Hitlers Rede hat der "Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz", der SS-Obergruppenführer Sauckel, die Gauleiter der Nazi-Partei als seine bezirklichen "Beauftragten für den Arbeitseinsatz" ernannt. Die Gauleiter entscheiden, wer an die Front geschickt werden soll, wer als unabkömmlich in der Heimat bleibt - bei der Verteilung der Druckposten werden die Nazi-Bonzen jetzt noch besser behandelt werden als bisher von den Arbeitsämtern. Die Gauleiter erhielten das Recht, zwischen 15. April und 15. November ganze Schulklassen zur Landarbeit zu kommandieren. Die letzten Vorbereitungen zur Rekrutierung von Frauen, vor allem von Soldatenfrauen, werden getroffen. 50% der Belegschaft der Zigarettenindustrie, der grösste Teil der noch in Textilindustrie und Bekleidungsindustrie Arbeitenden verliert seinen Arbeitsplatz. Ziel ist, wie es der "Völkische Beobachter" ausdrückt, "die Mobilisierung der letzten verfügbaren deutschen Arbeitskräfte" - denn die Nazi-Diktatur kämpft um ihre Existenz und sie will ihren Krieg bis zum

letzten deutschen Arbeiter, bis zum letzten Zwangsarbeiter aus dem beherrschten Europa führen.

(Für die Red.: "Schwarzes Korps", 26.II.; Goebbels in "Das Reich", 5.IV. "Das Reich", 12.IV.; "Völkischer Beobachter", 24.IV.42.)

Die Leistung richtet sich nach der Ration

(ITF) Aus einem polnischen Grossbetrieb: Die Werksleitung klagte über ein Absinken der Leistung. Die deutschen Aufseher stellten die polnischen Arbeiter zur Rede, er-

hielten aber kühl zur Antwort: "wenn wir mehr leisten sollen, müssen wir mehr zu essen haben."

Die Aufseher drohten mit Lohnabzügen, aber sie hatten damit keinen Erfolg. Denn viele Arbeiter dieses Betriebes haben herausgefunden, dass der grösste Teil der deutschen Beamten und viele Etappensoldaten bestechlich sind. Soldaten der Auto- und Flugzeugreparaturwerkstätte verkaufen Heeresbenzin und Reparaturmaterial. Die Arbeiter können dafür Lebensmittel eintauschen und sie wissen, dass das Benzin und das Reparaturmaterial den Besatzungstruppen eines Tages fehlen wird.

Häufig vermitteln "Volksdeutsche" diesen Handel.

Polnische Arbeiter wehren sich

(ITF) Ein polnischer Arbeiter kehrte aus Frankreich nach Polen zurück und nahm sofort Arbeit in einem deutschen Heeresbetrieb an. Die Arbeiter machten ihm Vorwürfe: 'Wir wurden in diesen Betrieb gezwun-

gen, Du kamst freiwillig. Das ist Verrat!' Der Arbeiter warnte seine noch in Frankreich lebenden polnischen Freunde: 'Hier tut man alles, um mir die Arbeit zu erschweren. Wenn ich mich in der Kantine an einen Tisch setze, stehen alle andern auf. Nach Feierabend werde ich geschnitten'.

In dieser Stadt hatten sich 36 Ingenieure zunächst versteckt, um nicht für Hitler arbeiten zu müssen. Dann zwang sie der Hunger zum Arbeitsamt. Sie liessen sich als ungelernte Arbeiter anstellen, um keine deutschen Ingenieure für andere Aufgaben frei zu stellen.

Für einen der Flugplätze der Stadt konnten die deutschen Behörden keine polnischen Arbeiter finden. Da boten sie für Flugplatzarbeit eine wöchentliche Zulage von einem Laib Brot. Jetzt fanden sich Arbeiter für die verhasste Arbeit - damit die Kinder nicht/Abend hungrig zu Bett gehen müssen.

Lohnbewegung in Westdeutschland

(ITF) Westdeutsche Arbeiter verlangen Teuerungszulagen. Unternehmer, die die

Arbeiter brauchen, geben oft diese Forderung weiter und beantragen beim "Treuhand der Arbeit" die vorgeschriebene Genehmigung zur Lohnerhöhung. Der Treuhänder für "Westfalen und Niederrhein" beschwert sich jetzt über die Flut derartiger Anträge. "Nicht jede Mehrleistung oder Mehrbelastung darf sofort in Mark und Pfennig abgegolten werden". Er werde nur im Ausnahmefall Lohnerhöhungen genehmigen. Die Unternehmer dürften dem Drängen der Arbeiter nicht nachgeben. "Unbegründete Anträge sind gewissenlos, erwecken falsche Hoffnungen, führen nur zu Enttäuschungen, belasten meine Mitarbeiter und verzögern andere wichtige Arbeiten... Wenn die Flut der Anträge nicht abreissst, werde ich demnächst Antragssperre verhängen". Eine Reihe Unternehmer, die Lohnerhöhungs-Anträge durchgegeben hatten, wurden bereits mit hohen Geldstrafen bedacht.

(Für die Red.: "Deutsche Bergwerkszeitung, 25.III.42.)

Bewegung in deutschen Betrieben

(ITF) Aus norddeutschen Grosstädten wird berichtet, dass den Nazis in einigen Betrieben die Entwicklung der von ihnen selbst als zuverlässig ausgewählten Mitglieder des "Vertrauensrats" Sorge macht.

Denn Vertrauensratsmitglieder vertreten unter dem Druck der Belegschaft gelegentlich energisch Arbeitsinteressen. Die Nazis behaupten, dass erfahrene alte Gewerkschafter die Vertrauensratsmitglieder unter Druck setzen.

Verhasste SS

(ITF) Die SS ist bei den regulären deutschen Soldaten unbeliebt. SS-Leute stehen im Beamtenverhältnis und beziehen als Beamte ihr Gehalt neben dem Sold, sie werden besser gepflegt und gekleidet. Deutsche Offiziere in Norwegen erklären, dass sie fest damit rechnen, dass die Soldaten im Ernstfall mit der Bonzengarde rücksichtslos abrechnen werden.

Unter den deutschen Offizieren in Norwegen arbeitet ein Bruderkreis der Bekenntniskirche.

Am Radio abgehört

haben wir u.a. in den täglichen französischen Arbeitersendungen der BBC:

Französische Gewerkschafter lassen sich nicht kaufen!

(ITF) "Auf der von Pucheu (- damals Innenminister Vichys, heute Vichy-Gesandter in Bern -) zusammengestellten Liste der Männer, die in Nantes von den Deutschen erschossen wurden, standen 4 Sekretäre von Gewerkschaftsverbänden: Granet vom Papierarbeiterverband, Michels von den Lederarbeitern, kommunistischer Abgeordneter für Paris, Poulmarch vom Seeleuteverband und Timbaud vom Metallarbeiterverband.

Am Tage vor der Hinrichtung besuchte Raymond Froideval, einer der Führer der gewerkschaftlichen Niederlagenstrategen, eine der Leuchten der Ueberläufer, die zum Tode Verurteilten. Froideval kam, um ihnen für den Fall, dass sie sich bereit erklärten, ihre Kameraden zu verraten und mit dem Feind zusammenzuarbeiten, ihr Leben zu garantieren. Die 4 Gewerkschafter lehnten entrüstet ab. Sie starben am Tage darauf...

Die Arbeiter werden das nicht vergessen".

(Für die Red.: Henry Hauck in der französischen Arbeitersendung der BBC)

Hungerdemonstrationen

(ITF) "Im Laufe der letzten Monate kam es in der unbesetzten Zone zu Dutzenden spontaner Strassendemonstrationen über die Lebensmittelknappheit empörter Hausfrauen. In Montpellier zogen Frauen zur Präfektur, verhöhnten den Präfekten und sangen eine Parodie auf das Revolutionslied: "Marschall, hier sind wir!" Man hat nicht gewagt, jemanden zu verhaften. Dann wurden in derselben Stadt bei nächtlichen Demonstrationen die Schaufenster der Pétainschen "Sozial-Propaganda" zerschlagen, die des Lokals der "Legion der Frontkämpfer" und schliesslich die Ladenfenster der Kaufleute, die die "Legion" unterstützen.

In Sète kam es zu ernststen Zwischenfällen. Die Frauen marschierten zum Rathaus und beschimpften den von Vichy ernannten Bürgermeister... Die Feuerwehr weigerte sich, die Schläuche gegen die Menge zu richten. Mitglieder der "Legion" spritzten dann die Frauen auseinander. Die Demonstration begann am Vormittag, dauerte bis in den späten Nachmittag; die Hafenarbeiter traten in einen Solidaritätsstreik. Das Ergebnis: Belagerungszustand in der Stadt, aber verbesserte Lebensmittelversorgung.

Andere Demonstrationen fanden in den Departements Le Gard, Hérault, Aude und Var statt. An einigen Orten kam es zu Streiks. In mehreren Orten verlangten die Bergarbeiter Lohnerhöhungen, Holzschuhe, eine grössere Weinration und 100 g Brot mehr pro Tag. Man hat ihnen meist die Lohnerhöhung abgeschlagen, Brot und Wein hat man ihnen gegeben. In St. Etienne setzten die Bergarbeiter durch Streik 9 Liter Wein pro Woche durch.

Diese Arbeiteraktionen, diese Volksbewegung... ist ein Teil des grossen Befreiungskampfes des französischen Volkes. Jedes Mal, wenn ihr etwas mehr Brot, etwas mehr Wein oder eine etwas bessere Lebensmittelversorgung ertrachtet, habt ihr einen Sieg über die Deutschen und ihre Helfer erfochten".

(Für die Red.: Henry Hauck in der französischen Arbeitersendung der BBC)

Der Norwegischen Staatsbahn

nahmen die deutschen Besatzungsbehörden vor einigen Monaten die Schmieröl-Reserven fort. Sie Staatsbahn erhielt schlechten Ersatz. Die Folge ist, dass von 420 norwegischen Lokomotiven 160 ausrangiert waren. Die Lagergänge müssen vollständig ausgewechselt werden. Zu diesen Lokomotiven gehören u. a. die 6 schweren Maschinen, die auf der Gebirgsstrecke zwischen Oslo und Trondheim fahren. - (ITF) (Für die Red.: März 1942.)

Verlängerung des Lohnabrechnungs- Zeitraums in Deutschland

(ITF) Hitlers Arbeitsminister empfahl, von der in den meisten deutschen Betrieben üblichen wöchentlichen Lohnzahlung zur monatlichen Lohnabrechnung überzugehen. Der einzelne Unternehmer soll entscheiden, ob eine derartige Umstellung in seinem Betrieb Kosten und Personal erspart. Die Arbeiter sollen alle 7 oder 10 Tage eine Abschlagszahlung erhalten.

Berlin will durch eine derartige Umstellung Buchhalter für die Armee frei machen, knappes Kleingeld sparen und die Arbeiter wirksamer zum "Eisernen Sparen" pressen; denn bei der Endabrechnung will man den Arbeitern sagen: ihr seid bisher mit den Abschlagszahlungen ausgekommen. Den Restbetrag könnt ihr daher "eisern sparen". (F.d. Red.: "Reichsanzeiger" 14.IV.42)

Jüdische Bauarbeiter

müssen in Deutschland noch billiger arbeiten. Ein grosser Teil der Juden in Deutschland wird bei Tiefbauten beschäftigt. Sie erhalten keinen Urlaub und die Unternehmer brauchen für sie keine Urlaubsmarken zu kleben (erklärt das Berliner Arbeitsministerium am 13.II. in einem Rundschreiben). Die Unternehmer sparen damit 2% der Lohnsumme. - (ITF)